

Laibacher Zeitung.



Nr. 3.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 4. Jänner

Verfertigungsbillets bis 10 Zeilen: 1mal 80 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Interfectionstempel jedesmal 30 kr.

1871.

Nichtamtlicher Theil. Politische Uebersicht.

Laibach, 3. Jänner.

Die Instruktionen des preussischen Gesandten in London, Grafen Bernstorff, für die Konferenz sollen mit den Weisungen, welche die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Englands erhielten, übereinstimmen. Ein Pester Blatt bezweifelt diese Mittheilung. Man müßte — schreibt dasselbe — in Berlin mit allen bisherigen Traditionen gebrochen haben, sobald man entschlossen sein sollte, mit Oesterreich-Ungarn und England auf der Pontus-Conferenz zu gehen; denn dieses bedeutet soviel, als gegen Rußland mit diesen beiden Mächten zu stehen. Selbstverständlich würden wir eine solche Orientpolitik Preußens hochwillkommen heißen und wäre sie uns die sicherste Gewähr für die Aufrichtigkeit der jüngsten nach Wien adressirten Freundschaftsversicherungen; wir sind jedoch von Berlin aus viel zu wenig verwöhnt worden, als daß wir so rasch aus unserer Reserve heraustreten sollten.

Die „Times“ meint, die Chancen des französisch-deutschen Krieges erwägend, es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Deutschen, falls der Fall von Paris nicht das Ende des Krieges mit sich bringt, jeden Gedanken an weitere kriegerische Unternehmungen fallen lassen dürften. „Zwei sind nöthig,“ sagt das Blatt, „sowohl um Krieg zu führen als Frieden zu schließen. Es würde wenig ausmachen, wenn die Franzosen, nachdem sie ihre Hauptstadt verloren, sich für besiegt bekennen würden oder nicht, oder ob sie sich wegen der Friedensbedingungen verständigen würden oder nicht. Die Deutschen halten in ihren Händen, was sie kluger oder unbedachtsamer Weise als den Siegespreis beanspruchen. Sie können sich nach ihren neuen Acquisitionen zurückziehen und, wenn nöthig, eine andere Provinz als ein von den Franzosen bei der Annahme der Bedingungen des Eroberers einzulösendes Pfand besetzen. Von der Anwesenheit des Feindes erlöset, könnte Frankreich natürlich den Kampf erneuern, aber es ist fraglich, ob das stolze und rachsüchtige Gefühl, das es jetzt in der Hitze des Kampfes noch immer besetzt, die Erschöpfung, die sicher eintreten wird, wenn es aus jeder Wunde blutend und durch wiederholte Schläge betäubt auf dem Boden liegen bleibt, überleben würde.“

Eine Extra-Ausgabe des Berliner „Staats-Anzeiger“ bringt einen vier Seiten langen Bericht über den sehr blutigen Ausfall gegen das Gardecorps am 21. December. Darin wird unter anderem gesagt, daß die feindlichen Forts seit 7 1/2 Uhr Morgens ein wildes Feuer auf die sämtlichen Positionen der Belagerer eröffneten. Dies dauerte ununterbrochen während des ganzen Tages fort, und zwar wurden die schwersten Geschosse bis auf die Entfernung von 8000 Schritten geworfen. Das Gedonner, welches die Entladung der riesenhaften Granaten begleitete, war so ungeheuer, daß bei den Soldaten der Glaube entstand, es sänden in den Forts Sprengungen von Minen statt. Der Schluß des Berichtes lautet: „Das geflossene Blut ist der Eitelkeit und dem Wahne geopfert und Trauer, Jammer und Elend, die dadurch wieder Tausenden bereitet wurden, müssen den verstockten Führern zur Last gelegt werden, die den schweren patriotischen Muth nicht haben, die bittere Wahrheit zu erkennen. Die heutigen Führer des französischen Volkes scheinen nur Einen Zweck zu haben, den, die ergebene blinde Menge in sicheres Verderben zu führen. Die Welt staunt ob des großen maßlosen Elends, aber die von der französischen Eitelkeit damit zum Ziel gesetzte Bewunderung von Europa kann selbst durch die entsetzlichsten Opfer nicht erreicht werden, und Frankreich verblutet im Selbstmorde ohne Ehre und ohne Ruhm.“

Wie telegraphisch bereits mitgetheilt wurde, ist das Schiff „International,“ mit einem unterseeischen Kabel für die französische Regierung an Bord, auf eine Beschwerde des preussischen Botschafters Grafen Bernstorff hin mit Beschlag belegt worden und liegt jetzt unter Bewachung der Zollbehörden in der Themse vor Anker. Das Kabel war von der „India Rubber, Gutta-Percha and Telegraph Works Company“ unter einem Contract mit M. Steenackers, Generaldirector des Telegraphenwesens in Frankreich, zur Herstellung einer Verbindung zwischen Tünkirchen, Ebersburg, Brest und Bordeaux angefertigt worden. Die Beschwerde des Grafen Bernstorff begründete sich auf

ein während der letzten Parliamentsession zur Annahme gelangtes Gesetzesamendement, welches unter anderem auch „militärische Telegraphie“ mit den Neutralitätsgesetzen in Beziehung bringt. Die Hinweisung auf diesen Gesetzesparagraphen zwang die englische Regierung, von der Beschwerde des Grafen Bernstorff Notiz zu nehmen und das erwähnte Fahrzeug anzuhalten. Die Compagnie hat nun zwar an geeigneter Stelle die Freilassung von Schiff und Kabel nachgelehrt, aber umsonst. Da nicht in Abrede gestellt wird, daß das Kabel zur Leitung zwischen Tünkirchen und Bordeaux bestimmt war, und da es in Folge dessen von der französischen Regierung zweifels- ohne zu militärischen Zwecken verwendet werden könnte, kam der Fall ganz deutlich unter die Bestimmungen der vorerwähnten Parlamentsacte.

Die von Versailles aus sowohl wie von Berlin her aufgestellte Vermuthung, daß Trochu den Mont Valerien in ein verschanztes Lager umwandle, um sich, falls die Stadt Paris nicht länger mehr zu halten sei, mit der kampffähigen Besatzung dorthin zurückziehen, wird von verschiedenen Blättern erörtert, findet aber wenig Glauben. Sowohl die „Morning Post“ wie „Daily News“ halten mit Hinweis auf Weg diesen Plan für unausführbar und sprechen sich für die Ansicht aus, daß Trochu mit der Stadt capituliren müsse.

Kriegschronik.

Die Beschießung von Paris ist nach den übereinstimmenden Nachrichten aus dem deutschen Hauptquartier beschlossen und der Beginn war auf den Neujahrstag festgesetzt.

Vorwärts scheint ein Theil der Ost- und Südfront für die Beschießung ausersuchen zu sein, und zwar im Osten die Forts Rosny, Noisy, Nogent und die Redouten Romainville, Boissière und Fontenay sowie die zwischen diesen stabilen Fortificationen liegenden passageren Befestigungen; im Süden die Forts Vanves, Montrouge und Issy. Die deutschen Batterien, welche die Ostfront beschießen sollen, wurden nur zum geringsten Theil auf dem rechten Marne-Ufer, die meisten auf dem linken errichtet; die gegen die Südfront operirenden Batterien liegen in Meudon, Clamart und Evreux. Die Geschütze selbst sind von weittragendstem Kaliber und reichen 7—8000 Schritt, also nahezu eine deutsche Meile weit; die Vorstädte an der Ostfront werden sie wohl kaum streifen, dagegen erreichen sie die innerhalb der südlichen Stadtumwallung liegenden Vororte und Vorstädte von Paris.

Der „Eöln. Ztg.“ wird aus London der Inhalt eines Pariser Ballonbriefes vom 21. d. mitgetheilt. „Wir sind,“ so heißt es darin, „schlechterdings nicht im Stande, Verlässliches über den noch vorhandenen Vorrath von Lebensmitteln zu erfahren. Die Regierung versichert, daß noch für zwei Monate Pferdefleisch, Mehl und Wein vorhanden sei. Diese Angabe kann ich nun allerdings nicht bestimmt als falsch bezeichnen, das jedoch weiß ich, daß ich gestern von meinem Bäcker kein Brot bekommen konnte, da sein gesammter Vorrath schon am frühen Morgen durch die Menge fortgeschleppt worden war. Die arbeitenden Classen stehen nämlich die ganze Nacht hindurch vor den Bäckeläden und bemächtigen sich des neugebackenen Brotes in den frühen Morgenstunden. Schon sind werthvolle Reit- und Wagenpferde geschlachtet worden, um zu 1/2 Pfd. per Kopf als Ration für drei Tage vertheilt zu werden. Von den Droschkenpferden mögen ebenfalls schon zwei Drittel den Weg der Schlachtbank gegangen sein, so daß die Zahl der Droschken bereits merklich zusammengeschrumpft ist. Demnächst müssen die Omnibusbahnen daran. Wenn es wahr ist, daß die Regierung bereits ein Embargo auf sie gelegt hat, wird es mit dem Omnibusfahren demnächst wohl auch zu Ende und Paris über kurz oder lang zuweilen auf Pflanzenkost angewiesen sein. Einstweilen läßt sich ein Huhn noch immer um 25 Fr. erstehen, eine Gans um 80, ein Truthahn um 100 und ein Kaninchen um 30 Fr. Daß die Ratte beliebte Normalkost geworden sei, ist eine Uebertreibung, aber im Ueberfluß schwelgen wir wahrhaftig nicht, und hat die erwachsene Bevölkerung bisher noch keinen dringenden Mangel empfunden, so leiden Kranke, Greise und nungar Kinder doch gewaltig. Die Sterblichkeit ist doppelt so groß (wie wir gestern mittheilten, beträgt die Zahl der Todesfälle in der letzten Woche 2721, während sie z. B. vom 22 bis 28. Mai, wo auch schon die Blattern herrschten, 1254 betrug. D. N.) als sonst um diese

Jahreszeit, und die Kinder verkommen zu Hunderten aus Mangel an geeigneter Pflege. Trotz alledem hält die Bevölkerung sich wacker, und wehe dem, der von Capitation spräche. Vieber verhungern, ist die Lösung. Und demgemäß behilft sich jeder mit dem Wenigen, was er erschwingen kann. Als Ersatz für die knappe Fleischkost werden kräftige Extracte aus Knochen, Hörnern und Hüften, nahrhafte Brühen und Weisens aus den sonst unbenutzten Thiereingeweidern bereitet, ja selbst die Butter versucht man jetzt in sehr nothdürftiger Weise durch ein aus Fett und Cocosnussöl bereitetes Präparat zu ersetzen, welches zur Seife alle dings in näherer Verwandtschaft als zur echten Butter steht.“

Aus Vohringen, 26. December, schreibt man der „N. Z.“: „Da die Eisenbahnen nicht mehr genügen, um den ungeheuren Bedarf an Munition, Kleidungsstücken und besonders Lebensmitteln für Menschen und Pferde, für die 650.000 Mann deutscher Truppen, welche sich gegenwärtig auf französischem Boden befinden, herbeizuschaffen, so sind jetzt auch wieder große Wagencolonnen auf den Landstraßen dabei zu Hilfe genommen. So kommen jetzt wiederholt Wagenzüge von 150 bis 200 zweispännigen Wagen hier durch, welche direct Hafer von Dresden und Leipzig zu den vor Paris stehenden Truppen bringen. Von Dresden bis Nancy fährt ein solcher Wagen 4 1/2 Wochen, von hier bis Versailles 14 Tage, so daß etwa 7 Wochen vergehen, bevor der Transport an Ort und Bestimmung angelangt ist. Welche ungeheuren Kosten ein solcher Transport verursacht, kann man berechnen. Die strenge Kälte, welche bis zu 10 und 12 Graden stieg, vermehrt die Leiden unserer Truppen sehr. Besonders die armen Kranken und Verwundeten, welche oft ganze Tage in offenen Güterwagen fahren müssen und die Tausende von französischen Gefangenen, welche aus Mangel an Platz auf unbedeckten Kohlenwagen eng zusammengedrängt stehend, ohne warme Kleidung und genügende Nahrung bejodert werden, leiden entsetzlich. Die Anzahl aller Kranken, Verwundeten und Gefangenen ist in diesem furchtbaren Kriege so groß, daß selbst bei dem besten Willen es ganz unmöglich ist, solche Maßregeln der Humanität zu treffen, wie es sonst billigerweise geschehen müßte.“

Nach einer Correspondenz der „Allg. Ztg.“ vom Oberrhein, 29. December, kann es nun keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die französischen Gewaltthäter eine Erhebung im Rücken der deutschen Armee angezettelt hatten und darauf rechneten, daß dieselbe nicht bloß vom Elsaß, sondern auch von gewissen Parteen in Deutschland unterstützt werde; hat doch ein Theil der Presse täglich nichts Besseres zu thun, als von einer angeblichen Friedensbedürftigkeit zu sprechen, und gibt auch das Gebaren der bairischen Kammer kein besonderes Zeichen vom deutschen Patriotismus ab. Mag auch ein Theil der Revolverfendungen an französische Kriegesgefangene in den Bereich der Marchen gehören, so steht doch fest, daß eine Erhebung und ein Durchbruch derselben beabsichtigt war, und nur durch rechtzeitiges Einschreiten verhindert wurde. Auch mehrten sich die Fälle der Desertion solcher Kriegesgefangenen, was bei der Menge derselben nur schwer zu verhüten ist. Denken Sie sich, daß z. B. in Rastatt ihrer 15 000 sind und die Garnison bloß 1500 Mann beträgt, und Sie werden begreifen, wie es in voriger Woche möglich wurde, daß ihrer 23 in Civilkleidern bis Stollhofen kamen, wo sie einen Wagen mietten wollten, was aber dem Wirth so verdächtig vorkam, daß er sofort einige berittene Grenzwachter aus dem nahen Rheindorf Grefsen holen und durch diese die Leute verhaften ließ. Im Oberelsaß hat man wiederholt eine geheime Postverbindung entdeckt, die diesmal von einer Frau besorgt wurde, und wie auch diese erwiesenermaßen über Basel ihren Weg nahm, so hat man auch die Eisenbahnverbindung von Mühlhausen bis dahin einstellen müssen, weil in schlecht verhehlter Weise der Dienst durch französische Eisenbahnbedienstete versehen wurde, die sich als Angestellte der schweizer Bahnen ausgegeben hatten. Der Aufstandsversuch beruhte auf einem sehr sorgfältig erwogenen und berechneten Plan, und es war derselbe auf das Elsaß und Baden concentrirt, wohin die Kräfte von allen Seiten dirigirt werden sollten. Gambetta begab sich deshalb persönlich nach Lyon, um von dort möglichst viele Truppen nach Besançon zu senden und denselben selbst zu folgen, Bourbaki sollte dagegen von Bourges her gegen Dijon und das Werder'sche Corps marschiren und so dasselbe abschlagen und zerprengen, Belfort besetzt und ein Einfall in das Elsaß gemacht werden. Auf diesem Plan beruhte die im Elsaß wieder neu erwachte

Siegeshoffnung und dieselbe trat auch immer offener und in feindseligerer Weise hervor. Hoffentlich haben die starken Nachschübe von Truppen in den letzten Tagen diese Pläne auch nach dieser Richtung hin vereitelt und wird man die heranrückenden Truppen gebührend empfangen und zurückwerfen.

Eine Correspondenz des Genfer Journals vom 18. gibt in kurzen Zügen ein wirkungsloses Bild von der gegenwärtigen Lage in Dijon. „Das Aussehen der Stadt, heißt es darin, ist seltsam genug; man geht nur aus, wenn man Geschäfte zu machen hat; Niemand kann sonst das Haus verlassen; Abends findet sich in den Straßen keine Seele; es herrscht Todtenstille; die Hausthüren bleiben die ganze Nacht über offen, da dies so angeordnet ist. Oft nehmen die Preußen in den Häusern Platz, während die Hausleute schlafen; früh Morgens beim Aufstehen ist man erstaunt, eine neue Schaar Soldaten zu finden. Seit sechs Wochen sind die Glocken unserer Kirche verstummt. Die materiellen Sorgen treten stark hervor; Niemand hat Geld; seit langer Zeit werden die Angestellten nicht mehr bezahlt; die Matereien sind auf einige Stunden ringsum verwüstet und ausgeplündert. Es ist unmöglich, zu bezahlen; man kauft alles auf Credit. Die Lebensmittel sind maßlos theuer, die Milch ist nur Reismilch und doch verkauft man sie für 1 Fr. 25 C. per Liter. Alle Kühe sind aufgeessen. Die Eier und Hühner sind zur Nüchtheit geworden. Wir haben keine Kohlen mehr und man befiehlt drohend, daß jeder seine Hausthür beleuchte, da die Gasbeleuchtung aufgehört hat. Ohne Unterlaß donnert die Kanone, bald rechts, bald links; in Zwischenräumen hört man starkes Gewehrfeuer. So leben wir nun schon seit sechs Wochen.“

Die „Liberté“ vom 25. December meldet, daß der Commandant der 21. Division einen Tagesbefehl erlassen hat, in welchem angekündigt wird, daß alle Officiere der Mobilgardes des Departements Creuse vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Dieser Truppentheil, welcher Befehl erhalten hatte, nach Tours zu marschiren, war in Auflösung zurückgekehrt und hatte überall lägerische, übertriebene Nachrichten verbreitet.

Aus Chaumont vom 24. v. M. wird der „Bosfischen Zeitung“ geschrieben: Ueber Vangres weiß man nun auch Genaueres. Weder Menotti noch der Republikaner Spuller commandirt die Truppen der Festung, sondern es ist nach wie vor der General Arbelot. Auch übersteigt die Zahl der Streitkräfte nicht 8000; die Aussagen entwichener Civilisten und gefangener Mobilgardisten stimmen hierin überein. Vangres wird jetzt von mehreren Seiten beobachtet, wenn es zur Stunde nicht schon cernirt ist. Der Verkehr im Departement wird dadurch freier und gesicherter. Ganz geheuer ist es jedoch immer noch nicht; sowohl bei Bricon, wie bei Neuschateau treiben sich Borden herum, die Bahn- und Telegraphenleitungen werden immer noch gestört. Die Geiseln von Nogent sind gestern freigelassen worden, doch haben wir eine ganze Anzahl Kriegsgefangener in Verwahrsam. Es kam gestern eine Frau und bat weinend, man möchte doch ihren gefangenen Bruder freigeben. „Wo ist er gefangen worden?“ fragte ich. — „Bei Vangres.“ sagte sie schluchzend. „Er ist wohl Mobilgardist?“ — „Ja.“ — „Dann ist er ja regelrechter Kriegsgefangener!“ — „Oui, Monsieur, mais c'est un si jeune soldat! Man kann wohl nicht naiver sein. Eben trifft die Nachricht ein, daß ein Militärzug bei Bricon, 14 Kilometres von hier überfallen worden. Dieses Bricon ist schon seit Langem das gefährlichste Nest im Departement.“

Ein Schreiben aus Lille vom 27. December in der „Independance Belge“ meldet: „Die Dinge verwickeln sich; es ist wahrscheinlich, daß wir binnen kurzem wichtigen Ereignissen anwohnen. Die Nordarmee hat sich zwischen Arras und Cambrai vollständig concentrirt und alles Terrain zwischen letzterer Stadt und Amiens aufgegeben. Die nie fehlenden Uhlanen haben diese Gegenden überfallen, und zwar viel schneller, als man es für möglich gehalten. Corbie und Albert konnten geräumt werden, Achet aber nicht, wo die Nordbahn einen Theil ihres Materials zurückgelassen hat. In Voileux, ebenfalls einer Station der Nordbahn, haben die deutschen Reiter noch größere Kühnheit gezeigt und den Telegraphen 200 Meter vor den französischen Linien zerstört.“

Der preußische „Staatsanzeiger“ gibt über die Kriegstrophäen eine Uebersicht, deren Resumé folgendes ist: 10.067 (nicht, wie früher vom Staatsanzeiger behauptet, 15.253) gefangene Officiere, 303.842 gefangene Soldaten. Erobert über 4100 Geschütze, 112 Adler.

Productivgenossenschaften in Oesterreich.

Die „Vorstadt-Ztg.“ bringt hierüber einen Artikel, dem wir Folgendes entnehmen: Seit Jahren hört man die Klage, daß das deutsche Gewerbe, einzi das kunstsinigste und fleißigste der Welt, allmählig in Verfall gerathen und hinter den französischen und englischen Gewerben zurückgeblieben sei. Und doch steht der deutsche Arbeiter dem französischen und englischen weder im Fleiße noch in der Intelligenz nach, und die vielen deutschen Arbeiter in Frankreich und England beweisen, daß deutscher Fleiß und deutsche Arbeit überall geachtet und geschätzt werden. Während von vielen Seiten dafür plaidirt

wird, durch Hinwegräumung der Bannrechte, Monopole und Privilegien, sowie aller aus dem Zunftzwange der Gewerbestreitigkeit entgegenstehenden Hindernisse, durch die Errichtung von Fachschulen, durch Belehrung, durch Fachblätter, durch Erleichterung des Verkehrs, durch Herabminderung und Erleichterung der Militärpflicht, durch Veranstaltung von Industrieausstellungen, durch Errichtung von Vorschuß- und Unterstützungscassen und durch Beförderung der Associationen das Gewerbe zu beleben und zu unterstützen, will man von anderer Seite zu den alten Zünften zurückkehren und klagt, daß bei der vollkommenen Gewerbefreiheit die Production immer mehr in die Hände des großen Capitals komme, und die Arbeit am Ende von demselben vollständig abhängig werde.

Die immer größer werdende Arbeitstheilung und Geldwirthschaft läßt sich nun einmal nicht mehr aufhalten, ihre Vortheile sind so überwiegend, daß sich dieselben überall Bahn brechen müssen, es ist daher Sache der Association, die Vortheile des großen Capitals auch den Arbeitern zuzuwenden, indem sie dieselben creditfähig macht. Das hat man in Frankreich, England und Norddeutschland schnell begriffen. In Frankreich existiren zahlreiche Productiv-Associationen. Die dortige Regierung erkannte, daß die Productivgenossenschaften nicht nur Handel und Gewerbe fördern, sondern auch das Proletariat vermindern, auf die Arbeiter einen erhebenden sittlichen Einfluß üben und viele derselben, die sonst der Armencaße zur Last gefallen wären, in wenigen Jahren zu wohlhabenden Leuten machen, und unterstützte die Genossenschaften mit einem Credite von 3 Millionen Franken. In England existiren die meisten Genossenschaften, dort ist auch ihre Wiege und stehen dieselben größtentheils unter einander in Verbindung. In Deutschland vermehren sich die Genossenschaften täglich und hat dort wie überall die Erfahrung bewiesen, daß nur die Gründung derartiger Genossenschaften schwierig sei, so wie aber diese überwunden, die Sache wie von selbst weiter gehe.

Nach dem bisher Gesagten drängt sich die Frage auf, warum in Oesterreich solche Genossenschaften, über deren Nutzen und Nothwendigkeit noch ein Wort zu verlieren, Thorheit wäre, bis jetzt keinen festen Boden finden konnten?

Die Schuld trifft unsere hierin unvollständige Gesetzgebung. Der Gesetzentwurf über die Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften ist noch nicht der parlamentarischen Behandlung unterzogen worden. Die Folge ist, daß, durch die Gesetzgebung an der Protokollierung ihrer Firmen gehindert, zahlreiche Productivgenossenschaften verkümmern, da sie durch die Nichtprotokollierung an der Crediterwerbung gehindert sind, und das ist eben so viel, als ob man einem Manne die Pulsader unterbindet, denn die Pulsader eines Geschäftes ist der Credit.

Auf die gerechte Klage, daß die Productivgenossenschaften durch ihre Nichtprotokollierung große Einbuße erleiden, wurde erwidert, daß die Productivgenossenschaften, da sie als solche an der Protokollierung gehindert sind, doch auf den Namen von Privatpersonen sich protokollieren lassen können. Man vergaß aber ganz darauf, daß die Creditinstitute wohl einer Association, in der Alle für Einen und Einer für Alle haften, Credit schenken können, nicht aber, wenigstens im vorliegenden Falle nicht, einer einzelnen Person. Wir richten daher an unsere Staatsverwaltung das Ersuchen, einen „Gesetzentwurf über die Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften“ der parlamentarischen Behandlung unterziehen zu lassen, damit die Gleichheit vor dem Gesetze auch in dieser wichtigen Frage zur Wahrheit werde und die Productivgenossenschaften die Stellung einnehmen können, die ihnen, mit Rücksicht auf die volkwirtschaftliche Entwicklung, gebührt.

Tagesneuigkeiten.

(Landwirthschaftliches Wochenblatt des k. k. Ackerbauministeriums.) Am 1. d. M. ist die letzte Nummer dieser Zeitschrift ausgegeben worden. In dem neuen Jahre wird anstatt der vom Grafen Potocki in seiner Eigenschaft als Ackerbauminister im verfassungstreuen Ministerium gegründeten Wochenchrift ein in zwanglosen Hefen (jedoch mindestens einmal monatlich) erscheinendes Werk unter dem Titel: „Amtliche Mittheilungen des k. k. Ackerbauministeriums“ treten. Das amtliche Blatt wird, wie die letzte Nummer des Wochenblattes in einer Ansprache an die Leser bemerkt, alle Maßnahmen des Ackerbauministeriums möglichst rasch, genau und ausführlich zur Kenntniß des landwirthschaftlichen Publicums bringen, den Text der von diesem Ministerium ausgehenden Gesetze und Verordnungen veröffentlichten und commentiren, Aufklärung über die Intentionen des Ministeriums geben, über die Verwendung der ministeriellen Dotationen berichten, statistische Zusammenstellungen veröffentlichen, und wichtige, auf die vaterländische Bodencultur bezügliche Zeitfragen besprechen. Den landwirthschaftlichen Gesellschaften und deren Filialen, an die Landescommissionen für Pferdezuucht und dann allen Vereinen und Lehranstalten, welche sich die Hebung der Bodencultur zur Aufgabe machen und die Zusendung der Zeitschrift wünschen, wird dieselbe gratis verabfolgt.

(Böglinge der Lehrerbildungsanstalten.) Die Assentirung von Böglingen der Lehrerbildungsanstalten, welche der Staat mit so großen Opfern organi-

stet hat, um gebiegene Kräfte für die Volksschule heranzuziehen, macht sich mit empfindlichen Nachtheilen fühlbar. Wenn sich die Anstalten einige Jahre lang eingebürgert haben werden, werden auch die Böglinge ihre Studien noch vor der Erreichung des militärpflichtigen Alters zurückgelegt haben und nicht wie jetzt mit dem Staate, der auf ihre Dienste zählt, durch eine Unterbrechung derselben leiden. Eine Abhilfe kann nach den obwaltenden Verhältnissen nur durch das Zugeständniß liberaler Beurteilungen gewährt werden und in dieser Richtung hat, wie wir vernehmen, das Ministerium für Cultus und Unterricht die Bereitwilligkeit des Reichskriegsministeriums dringend in Anspruch genommen.

(Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen.) Vorstand der zweiten Abtheilung der neu organisirten Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen — der Abtheilung für den Betrieb und die administrative Controlle der Eisenbahnen — ist der Oberinspector kaiserl. Rath Kiener. Die beiden Vorstände werden demnächst die Vorschläge bezüglich der erforderlichen Vermehrung der Personalkräfte der Generalinspektion machen, von welcher nunmehr eine bedeutend erhöhte Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen wird.

(Eine gefährliche Cur.) Einem Landmann unweit Debreczin waren zwei Pferde an einem Hautübel erkrankt. Zu einem Viehjarze wollte er nicht gehen, und so versuchte er auf eigene Faust dies und jenes, ohne Erfolg, bis ihm endlich jemand rieth, sie mit Petroleum einzuschmierem, was er denn auch endlich that, und am Abend in den Stall nachsehen kam, ob schon eine Wirkung an den Patienten bemerkbar sei. Dabei kam er mit der brennenden Kerze dem einen Thiere zu nahe, so daß das Petroleum sich entzündete und beide Pferde gleich darauf in Flammen standen. Er hatte noch Geistesgegenwart genug, sie loszubinden und aus dem Stall zu treiben; die Flammenoffe rannten nun zum nicht geringen Schrecken der Dorfbewohner im Freien herum, bis sie endlich in einen Stall hineingerietthen, in dem sie verbrannten und der Stall mit ihnen. Zum Glück verhinderte der hohe Schnee, der auf den Strohdächern lag, ein weiteres Umsichgreifen des Brandes.

(Proviand aus Oesterreich.) Ein französisches Haus, welches in Wien über einen namhaften Credit verfügt, hat denselben in der jüngsten Zeit nahezu erschöpft, und zwar zumeist zum Ankaufe von ungarischem Speck und Schinken für die französische Armee. Für Schinken allein ist bereits mehr als eine Million Gulden nach Ungarn gewandert. In Böhmen und Mähren finden wieder starke Getreidekäufe für die deutsche Armee statt, und wahrlich Oesterreich wohl seine Neutralität dadurch, daß es die Verproviantirung beider Armeen in gleicher Weise unterstützt. In jedem Falle bringt der Krieg viel Geld nach Oesterreich.

(Eine Taufe im feindlichen Lager.) Aus Versailles wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ geschrieben: Am 11. d. wurde in der Kathedrale zu Versailles eine kleine Französin getauft unter Umständen, wie bis jetzt hier und auch wohl in ganz Frankreich noch nie eine Taufe stattgefunden hat. Beim Einrücken der deutschen Truppen hier selbst ward durch unsere Telegraphen-Abtheilungen die hiesige Telegraphen-Station zu gleichem Zwecke für uns eingerichtet. Der französische Vorkämpfer hatte sich geflüchtet, mußte jedoch seine Frau hier zurücklassen, da deren Verbindung nahe bevorstand. Alle derselben von unseren Telegraphen-Beamten gemachten Unterstüßungs-Anerbietungen wies sie freundlich, aber entschieden ab. Am 6. d. vermehrte sich ihre Familie um ein gesundes Mädchen, zu dessen Taufe sie sämmtliche Collegen ihres Mannes einlud. — Mit Freuden acceptirt, erschienen die hier anwesenden dienstfreien Beamten der Feldtelegraphen-Abtheilung des großen Hauptquartiers und der Kriegstelegraphie im festlichen Kriegsgewande Sonntag Nachmittags den 11. d. in der Kathedrale, wo die heilige Handlung — unter höchst verblüfften Gesichtern der zufällig versammelten Einwohner — vor sich ging. Ein reiches Geschenk verblieb der jungen Christin als Erinnerung an die Landesfeinde.

(Ueber die Durchbohrung des Mont-Cenis) wird aus Bordeaux, 30. December, geschrieben: Bardonnèche, 29. December. Der Präfect von Savoyen wohnte der Beendigung der Durchstichung der Alpen bei, durchschritt hierauf den Tunnel und wurde von den Ingenieuren und Arbeitern mit dem Rufe: „Es lebe Frankreich!“ empfangen. Bei dem Einweihungs-Banket sagte der Präfect: „Es ist gut, daß die Welt wisse, daß ungeachtet der Gefahren und Schmerzen, ungeachtet des Kampfes für die Vertheidigung der Ehre und des Lebens das republikanische Frankreich sich durch seinen Repräsentanten der Begehung dieses Tages beigefellt habe, welcher für die ganze civilisirte Welt angesichts des so glorreich vollführten kolossalen Werkes eine feierliche Stunde kennzeichnet.“ Der Präfect sagte zum Schluß seiner Rede, von lebhaftem Beifalle überschüttet: „Frankreich und Italien sind in diesem civilisatorischen Werke vereinigt.“ Der Enthusiasmus wurde noch größer, als der Präfect zum Schluß des Banketes einen Toast auf die zwei unter allen übrigen hervorragenden Hauptstädte ausbrachte: „Auf Rom, das Sie erobert haben, und auf Paris, das wir nicht verlieren werden.“

(Dr. Livingstone.) Endlich ist wieder eine Nachricht über Dr. Livingstone eingetroffen. Ein Reisender, welcher Anfangs October in Natal angekommen war, berichtet, von einem anderen Reisenden von der Delagoa-Bai gehört zu haben, daß Livingstone in Mozambique sei, wo er auf eine Schiffsgelegenheit nach England warte.

Locales.

Protokoll

der Sitzung des k. k. Landes-Sanitätsrathes für Krain vom 19. October 1870.

Vorsitzender: Professor Dr. Valenta. Anwesend: Die ordentlichen Mitglieder k. k. Sanitätsräthe: Regierungsrath v. Andrioli, p. t. Doctores: Bleiweis Carl, Gaufer, Kappet, v. Stöckl und Professor Schiffer, das außerordentliche Mitglied Apotheker Albert Ramm. Schriftführer: k. k. Regierungs-Concipist Eduard Baron Gufich.

Nachdem der Vorsitzende den Gremial-Vorsteher Ramm als über Anordnung der hohen k. k. Landesregierung abgeordnetes außerordentliches Mitglied und den k. k. Regierungs-Concipisten Eduard Baron Gufich als Schriftführer der Versammlung vorgestellt hatte, wurde das letzte Sitzungsprotokoll vom 1. October 1870 vorgelesen, unverändert angenommen und sodann zur Tagesordnung geschritten.

I. Sanitätsrath Dr. v. Stöckl referirte über das mit Erlaß der hohen k. k. Landesregierung vom 28. September l. J., Z. 6702, zur Begutachtung herabgelangte Ansuchen: „ob eine fünfte Apotheke in Laibach nothwendig und zulässig sei mit Bezugnahme auf das Gesuch des Apothekers Schentl.“

Referent theilte vor allem mit, daß der Wunsch des Landes-Sanitätsrathes, vorher ein Gutachten des Apotheker-Gremiums abzufordern, von der hohen k. k. Landesregierung laut der mit videat mitgetheilten Verfügung sub Z. 7747 de 1870 durch die Delegation des Apothekers Ramm erledigt wurde.

Nach Vorlesung des Gesuches sammt Beilagen fordert der Vorsitzende Herrn Ramm um seine Wohlmeinung auf, welche darin gipfelt, daß er vor allem die gegenwärtigen Verhältnisse mit den vergangenen vergleicht und zu dem Schlusse gelangt, daß Laibach als Geschäftsplatz in jeder Beziehung herabgegangen sei und daß sich die jetzigen vier Apotheker schon dormalen schlechter stehen, als im Jahre 1865, wo ein gewisser Angeli wegen eines gleichen Gesuches in allen Instanzen abgewiesen wurde, er müsse sich somit dem magistratischen Gutachten dem vollen Inhalte nach anschließen und beantragen: „Der k. k. Landes-Sanitätsrath möge die Errichtung einer fünften Apotheke als nicht nothwendig und nicht zulässig erklären.“ — Sanitätsrath Dr. v. Stöckl ersucht sodann um Aufklärung wegen des Präcedenz-Falles Angeli; worauf Regierungsrath v. Andrioli mittheilt, daß sich im Jahre 1865 die gewesene Landes-Medicinal-Commission einstimmig gegen die Errichtung einer fünften Apotheke ausgesprochen, jedoch einem Amendement Dr. Valenta's, dahin gehend, es möge eine zweckmäßigere Vertheilung der Apotheken angestrebt werden, beigegeben habe.

Dr. v. Stöckl erklärt, auch jetzt sich dem vorerwähnten Beschlusse der Medicinal-Commission sammt Amendement anschließen zu müssen, da sich die Verhältnisse durchaus nicht geändert haben, und stellt folgenden Antrag: „Eine fünfte Apotheke in Laibach sei nicht nothwendig, jedoch wäre es in Zukunft wünschenswerth, in dieser Richtung eine freiere Concurrrenz anzustreben.“ — Sanitätsrath Dr. Gaufer replicirt vor allem Ramm's Anschauungen; es sei allerdings strenge genommen eine fünfte Apotheke nicht nothwendig, aber im Interesse des Publicums wünschenswerth; es sei besser, sich allmählig mit dem Gedanken einer freieren Concurrrenz, welche bestimmt früher oder später Platz greifen wird, vertraut zu machen, als plötzlich und unvorbereitet hievon überrascht zu werden; eine Schädigung der Apotheker sei nicht wahrscheinlich, jeder Apotheker wird trotzdem honnet existiren können — und stellt schließlich folgenden Antrag: „Eine fünfte Apotheke ist nicht absolut nothwendig, allein im Interesse des Publicums wünschenswerth und die alten Apotheken in ihrer Existenz nicht schädigend.“ — eventuell wäre bei Annahme des Antrages dahin zu wirken, daß diese Apotheke mit Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Concurswege an den Würdigsten verliehen werde.

Sanitätsrath Dr. Karl Bleiweis spricht gegen Dr. Gaufer, schließt sich dem Entscheid der vorbestandenen Landesmedicinalcommission vollständig an und stellt den Antrag: „Die Errichtung einer fünften Apotheke ist nicht nothwendig und nicht zulässig.“

Nach einer Duplik Dr. Gaufers und Apothekers Ramm, sowie nach dem Bemerkten des Referenten Dr. v. Stöckl, bei seinem Antrage beharren zu müssen, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Vorsitzende schlägt eine Theilung der Anträge vor, welche angenommen wird, und bringt zuerst zur Abstimmung: „Ist eine fünfte Apotheke in Laibach nothwendig?“ Wird einstimmig verneint.

Beim zweiten Theile der Anträge wurde der Antrag des Dr. Bleiweis als am weitesten gehend befunden und daher dieser zur Abstimmung vor allen anderen Anträgen gebracht: „Eine fünfte Apotheke ist nicht zulässig.“ Für den Antrag stimmten: p. t. Regierungsrath Andrioli, Doctores Bleiweis, Schiffer und Apotheker Ramm; gegen denselben: p. t. Doctores Gaufer, Kappet und v. Stöckl.

Somit erscheint dieser Antrag mit Majorität der Stimmen angenommen und entfallen hiedurch alle anderen Anträge.

Hierauf meldet Dr. Gaufer ein Separatvotum an.

II. Sanitätsrath Dr. Gaufer schreiet zur Motivirung seines in der zweiten Sitzung sub IV angemeldeten selbständigen Antrages, dahin gehend: „Der Landes-

sanitätsrath möge durch den Herrn Landeschef dahin wirken, daß den bisher provisorisch bestellten Bezirksärzten bei einer eventuellen definitiven Anstellung ihre zurückgelegte provisorische Dienstzeit nach dem Gesetze vom 30. April 1870 behufs Zuthellung von Dvinquennalzulagen angerechnet werde.“ Dr. Gaufer betont vor allem, daß in diesem Gesetze nicht bloß ausgedrückt sei, ob die bisher schon zurückgelegten Dienstjahre im Physicatsdienste bei der definitiven Anstellung im neuen Organismus angerechnet werden oder nicht, was um so wichtiger sei, als alle hiesigen Bezirksärzte, mit Ausnahme eines Einzigen, provisorisch bestellt seien, und trägt, nachdem der Eingangs citirte Antrag in der letzten Sitzung schon principiell angenommen wurde, den Entwurf eines diesbezüglichen Gesuches an den Herrn Landespräsidenten vor, welcher en bloc einstimmig angenommen wird, mit dem Zusätze, daß der Vorsitzende dieses Gesuch vorlege.

III. Sanitätsrath Dr. Karl Bleiweis motivirt seinen in der zweiten Sitzung angemeldeten selbständigen Antrag des Inhaltes: „Es möge die hohe Regierung zur Abgabe einer diesbezüglichen Aeußerung ersucht werden, welche Entschädigung den außer Laibach domicilirenden Sanitätsräthen für ihre Intervention bei den Sitzungen des Landes-Sanitätsrathes zukomme.“ Die Motivirung gipfelt darin, daß man wohl von den Mitgliedern des Landes-Sanitätsrathes, welche ihr fachmännisches Wissen der Regierung zu Gebote stellen, nicht überdies verlangen könne, daß dieselben, abgesehen vom Zeitverluste, thatsächlich auch materielle Verluste erleiden sollen; die Billigkeit einer Entschädigung (sogenannter Diäten) für die Reise und Verpflegung könne doch wohl Niemand ableugnen. Es sei das Quantum principiell festzustellen, da es nie und nimmer als Gnade angesehen werden kann.

Der Antrag wird en bloc einstimmig angenommen und beigegeben, es habe der Vorsitzende wie ad II das Nöthige zu veranlassen.

IV. Sanitätsrath Dr. Gaufer interpellirt den Landes-Sanitäts-Referenten Regierungsrath v. Andrioli, ob bezüglich der Organisirung des Gemeinde-Sanitätsdienstes von Seite der Regierung eine Vorlage für die nächste Landtags-Session zu erwarten stehe.

Regierungsrath v. Andrioli erwiedert, daß in dieser Richtung etwas geschehen werde, allein es müsse vorerst die Organisirung der Hauptgemeinden vor sich gehen, ein Landesgesetz müsse sodann folgen, die betreffenden Vorarbeiten können erst nach Constituirung der Hauptgemeinden vorgenommen werden.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Sitzung mit dem Bemerkten, daß er vor der Hand den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen nicht in der Lage sei.

Gemeinderathssitzung

vom 3. Jänner.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Suppan.

Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls interpelliren: SR. Bürger wegen der schlechten Qualität der Gasbeleuchtung; SR. Dreö wegen der unausschließlich nothwendigen Umpflasterung der Hauptgasse der Grabischavorstadt; SR. Samassa wegen Abstellung des Uebelstandes, daß die Passage durch vor Wirthshäusern stehende gelassene Wagen versperrt wird; worüber Bürgermeister die nöthigen Verfügungen zur Abhilfe zusagt.

SR. Dr. v. Kaltenegger stellt an den Vorsitzenden die Anfrage, ob dem Magistrate ein auf die Durchführung des Volksschulgesetzes bezüglicher Erlaß der hohen Regierung zugeworfen sei und wessen Inhaltes er sei?

Bürgermeister entgegnet, daß dem Magistrate allerdings ein Erlaß der hohen Regierung vom 8. October v. J., Z. 316 des Landesschulrathes, zugekommen sei, dessen wesentlichen Inhalt er verliest und der in Betreff der Unterrichtssprache an den Volksschulen bestimmt, daß als solche in Krain, mit Ausnahme der Gemeinden Gotschee und Weissenfels, die slovenische zu gelten habe, wornach der Bezirksschulrath die weiteren Verfügungen zur Durchführung dieser Bestimmung zu treffen habe.

Dr. Kaltenegger erklärt, daß er auf diese Mittheilung einen Dringlichkeitsantrag zu stellen habe. Nach § 6 des Volksschulgesetzes habe der Landesschulrath über die Unterrichtssprache zu entscheiden nach Anhörung Derjenigen, welche die Schule zu erhalten haben. Der Landesschulrath habe diese Bestimmung umgangen, die Gemeinden seien hierüber nie gefragt worden; dies sei eine Umgehung des Gemeinderathes, eine Verletzung der gesetzlichen Autonomie der Gemeinde. Der Gemeinderath habe in dieser Angelegenheit sein Recht, seine Stellung, seinen Einfluß zu wahren. Wenn man gegen diese Anschauung einwenden wolle, die Sache sei nicht dringlich, so müsse man auch zugeben, daß sie für den Landesschulrath ebensowenig dringlich war. Die Dringlichkeit trete aber um so mehr hervor, als der Bürgermeister, als Vorsitzender des Bezirksschulrathes, aufgefordert sei, diese vom Landesschulrath getroffene Anordnung durchzuführen.

Er stelle daher den Antrag: 1. Der Gemeinderath beschließt eine Verwahrung gegen die Verfügung des Landesschulrathes, mit Bezug auf § 6 des Volksschulgesetzes und überreicht dieselbe dem Landespräsidenten mit der Bitte, daß er dem verletzten Gesetze, der verletzten Autonomie Geltung verschaffen und die Ausführung des Beschlusses sistiren möge, bis der Gemeinderath sich über denselben ausgesprochen hat; 2. Der Bezirksschulrath ist von dem Protest in Kenntniß zu setzen mit dem Ersuchen, davon Act zu nehmen. (Lebhafte Bravos.)

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen und der Antragsteller erhält das Wort zur Motivirung desselben. Er sagt, er wolle die Begründung nicht aus bloßer Rechthaberei, aus verletztem Gefühl herleiten, der Gemeinderath habe sachliche Gründe zu seinem Protest. Der Landesschulrath berufe sich auf § 51 des Ministerialerlasses über Ausführung des Volksschulgesetzes, dieser handle aber nicht von der Unterrichtssprache, sondern von der Behandlung einer zweiten Landessprache, er setze voraus, daß über die Unterrichtssprache bereits entschieden sei. Der Landesschulrath war verpflichtet, in Betreff der Festsetzung der Unterrichtssprache bei den Gemeinden Umfrage zu halten, es handle sich eben darum, zu wissen, welches die Muttersprache der Schüler sei? Dagegen gehe der Erlaß über diesen wesentlichen Punkt oberflächlich hinweg und suche der slovenischen Unterrichtssprache rücksichtslos Geltung zu verschaffen. (Bravo.)

Nach dieser Begründung wird der Antrag des Dr. v. Kaltenegger ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Es wird nun zur Tagesordnung, und zwar zunächst zur Auslösung der nach dem Gemeindestatute austretenden 10 Gemeinderäthe geschritten, während welcher der Herr Landespräsident Baron Conrad erscheint, um als Vertreter der Regierung der Sitzung beizuwohnen. Es werden ausgelost die Gemeinderäthe: Dreö, Kaltenegger, Bilina, Deschmann, Hauffen, Bürger, Lofnik, Samassa, Rudesch, Dr. Necher. Die Neuwahl wird für den 3. Wahlkörper auf den 6. für den 2. auf den 7. und für den 3. auf den 9. März bestimmt, und die Zusammenfassung der Wahlcommission dem Bürgermeister überlassen.

SR. Kaltenegger referirt über das Gesuch des Pächters L. C. Luckmann über die Einhebung der städtischen Pflastermauth an der Zufahrtsstraße zum Rudolfsbahnhofe.

Die Rechtssection beantragt, mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Einhebung dieser städtischen Gebühr nach der Sub-Curr. vom Jahre 1846 auf allen städtischen Linien gestattet sei, daß aus der Berechtigung der Gemeinde aber auch consequent jene des Pächters ohne Anspruch der ersteren auf eine Nachtragszahlung fließe: 1. Der Gemeinderath beschließt die Einhebung der Pflastermauth sammt Standgeld und Bierzuschlag auf der Zufahrtsstraße zum Rudolfsbahnhofe; 2. Der Magistrat wird mit der schleunigen Durchführung dieses Beschlusses in einer den Zweck sichernden, die Passanten aber möglichst wenig belästigenden Weise über vorheriges Einvernehmen mit der Finanzdirection, beauftragt.

SR. Stedry macht aufmerksam, daß die Magazine der Rudolfsbahn im Stadtpomörio liegen, daher von den dahinfahrenden Wagen die Einhebung einer Pflastermauth nicht gerechtfertigt sei. Es wäre daher der Unterschied zwischen Weg- und Pflastermauth festzuhalten und die Führen zum Rudolfsbahnhofe so zu behandeln, wie jene zur Südbahn. Es müßte daher erst die für die Südbahn geltende Ausnahme auch für die Rudolfsbahn erwirkt werden. Er beantragt daher, daß 1. die Einhebung der städtischen wie der Wegmauth bei dem Rudolfsbahnhofe in derselben Weise stattzufinden habe, wie bei der Südbahn, und 2. daß der Pächter, da er ein neues Pachtobject erhält, eventuell zur Nachzahlung verhalten werde. Der Antrag ad 1 wird nach einer Replik Dr. v. Kalteneppers, der darauf hinweist, daß alle Führen zum Rudolfsbahnhofe die Tendenz haben, die Pomörialgrenze zu überschreiten, angenommen, womit der bezügliche Antrag der Section gefallen ist; der 2. Theil des Antrages dagegen wird abgelehnt.

Dr. Schöppel referirt über das städtische Budget pro 1871. Dasselbe schließt mit einer Einnahme von 110.790 fl. 8 kr., einer Ausgabe per 123.770 fl. 57 kr.; also einem Deficit per 12.980 fl. 49 kr. Die Section hat zunächst die Frage in Erwägung gezogen, ob nicht zur Deckung dieses Deficits, abgesehen von der theilweisen Deckung durch den Cassarest von 1870, neue Verkäufe von Realitäten, wirthschaftliche Sebarung und Verschiebung von Neubauten, durch Eröffnung neuer Einnahmequellen vorzuzuziehen wäre. Die Section befürwortet in dieser Beziehung die Erhöhung der städtischen Abgabe von Spirituosen auf 4 fl. und von Branntwein auf 2 fl. per Eimer und beantragt zugleich, an das Finanzministerium das Ersuchen zu richten, es möge dem Magistrat die eigene Einhebung der städtischen Gebühr von Spirituosen und Branntwein gestattet werden. Ueber die Frage, ob nicht Zuschläge zu nicht besteuerten Artikeln für die städtischen Bedürfnisse einzuführen seien, wäre bis zur nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Die Finanzsection beantragt ferner Wiedereinführung der im Jahre 1853 in Folge des Zoll- und Handelsvertrages mit Preußen sistirten Abgabe von Del, was gleichfalls angenommen wird.

Es folgen Vorträge der Bau- und Section von keinem allgemeinen Interesse und schließlich Vorträge der Schul-section.

SR. Pirker referirt über die beantragte Erweiterung der auch von mehreren Landgemeinden benützten ein-classigen Volksschule der Vorstadt St. Peter. Die Section beantragt in Zurückweisung der diesfälligen Zuschrift des Pfarrers von St. Peter, daß, nachdem diese Schule von den Landgemeinden sehr schlecht besucht wird, gegen die Erweiterung, nach dem Zustände des Pfarrers, selbst Hindernisse obwalten, dieselbe auch dem Bedürfnisse der Stadtkinder nicht abhelfen würde, andererseits aber bei dem projectirten Schulhausbau die Stadt in der Lage sein

werde, dem Bedürfnisse durch Parallelklassen abzuhefen: 1. Der Bezirkskulturrath Laibach werde ersucht, die Aus-

Ueber Antrag des Dr. Kaltenegger bewilligt der Gemeinderath der hiesigen evangelischen Schule eine Sub-

(Feuerwehr.) Kommen am Samstag wird die freiwillige Feuerwehr ihre übliche monatliche Kneipe ab-

(Lieferung von Pferdeokogen.) Die k. k. Militär-Intendenz in Graz hat an die Handels- und Ge-

ministeriums vom 24. December 1870, Nr. 3518, ersucht, alle im dortseitigen Bereiche befindlichen Decken, Kogen-

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 4. Jänner. Johann Stampf: Majestätsbeleidigung und öffentliche Gewaltthätigkeit;

* Diese wurde einigen Industriellen mitgetheilt und wird den sich bei der Handels- und Gewerbekammer meldenden unver-

läuten, Böller krachen. Se. kais. und königl. Hoheit der Kronprinz Rudolf wird morgen Nachmittag erwartet.

Beim Empfange Sr. Majestät des Kaisers am Bahnhofe war auch der Landeshauptmann Grebner an-

Wien, 3. Jänner. (Tr. 3.) Die Dividende der Nationalbank fürs zweite Semester beträgt nach der

Nach einer nach Berlin gelangten Mittheilung aus München, 2. Jänner, ist die Annahme der Bünd-

Die „Times“ melden, Graf Bismarck befinde sich unwohl.

Berliner Nachrichten, welche diplomatischen Quellen entlehnt sind, melden übereinstimmend, daß Rußland mit

Telegraphischer Wechselkurs vom 3. Jänner.

5perc. Metalliques 57.20. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.20 — 5perc. National-Anlehen 65.60.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Ziehung der Creditlose. Den Haupttreffer mit 200.000 Gulden gewann S. 2373 Nr. 48, den zweiten S. 2937 Nr. 72,

Angekommene Fremde.

Am 2. Jänner. Stadt Wien. Die Herren: Melzer, Kaufmann, Wien. — Bessel, Kaufmann, Hof. — Kalner, Fabrikant, Gotschee.

Theater.

Heute: Die Frau Wirthin. Poffe mit Gesang in 3 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anzahl des Himmels, Niederschlag in Wiener Linien.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) London, 3. Jänner. Die „Times“ erfährt, es sei kein Zweifel über die demnächstige Capitulation von Paris.

Bozen, 2. Jänner. (Wr. 3.) Se. Majestät der Kaiser sind um 9 Uhr Vorm. hier eingetroffen, von der zahlreich versammelten Bevölkerung mit enthusiastischem Zuruf empfangen worden und soeben um 12 Uhr Mit-

begrüßt, die Se. Majestät huldvoll erwiederten und der Freude Ausdruck gaben. Innebrudt wiederzusehen. Hier-

Börsenbericht.

Wien, 2. Jänner. Die Börse war keineswegs flau. Die im Tableau erscheinenden theilweise tieferen Kurse rühren daher, daß bei in Silber verzinslichen Effecten das

Large table with columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Pfandbriefe, F. Prioritätsobligationen, G. Privatlose, Cours der Geldsorten.